„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

## Nachmal die Einwandererfrage

Wir haben schon wiederholt auf die Pflichten und Aufgaben hingewiesen, die sich aus der verstärkten Einwanderung für die Canadier, wie insbesondere für die amtlichen Stellen ergeben. Wir haben betont, daß die Gemeinschaftsarbeit aller Gutgesinnten, denen es um das Wohl der Einwanderer und um die zukünftige Entwicklung des canadischen Westens zu tun ist, unbedingt erforderlich ist, um alle unnötigen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und die Immigranten in geeigneten Stellungen unterzubringen.

In den letzten Tagen ging eine Mitteilung durch die Presse, derzufolge 30 Einwanderer bei Bürgermeister James McAra in der Stadthalle zu Regina vorstellig wurden und Beschäftigung forderten. Der Bürgermeister erklärte dazu in einem Kommentar, es zeige sich deutlich, wie dringend notwendig die Wiedereröffnung der Einwandererhalle im Ostende der Stadt Regina sei. Ferner trat er dafür ein, daß ein Beamter des canadischen Einwanderungsministeriums in Regina stationiert werde. — Eine spätere Meldung kündigte eine Konferenz von Vertretern der beiden Eisenbahnen an, die mit den Beamten des Arbeitsnachweises sich über die Unterbringung der Einwanderer beraten sollten.

Wir hätten dem eigentlich wenig hinzuzufügen. Denn wir haben schon, bevor Bürgermeister McAra daran dachte, die von ihm aufgestellten Forderungen erhoben. In der Frage der Einwandererhalle gingen wir mit der Ostendsteuerzahler-Vereinigung und dem Deutsch-Canadischen Provinzialverband einig. Doch wir gingen noch einen Schritt weiter und setzten uns dafür ein, daß Regina an Stelle von Winnipeg als Endstation aller Einwandererzüge und als endgültiger Verteilungspunkt der Immigranten bestimmt werde. Das sollte für jeden, der die Verhältnisse in den letzten Monaten aufmerksam verfolgt hat, eine ganz selbstverständliche Forderung sein. Die Hauptmasse der Einwanderer bewegt sich nicht nach Manitoba, sondern nach Saskatchewan und Alberta. In diesen beiden Provinzen sollten daher die Einwandererfürsorge und Einwandererüberwachung von staatlicher Seite in erster Linie organisiert und zentralisiert werden. Hätte Regina eine offizielle Vertretung des canadischen Einwanderungsministeriums, so könnte so manchen Mißständen vorgebeugt oder abgeholfen werden.

Angesichts gewisser Ausstreuungen von englischer Seite sehen wir uns zu einer weiteren Bemerkung veranlaßt. Die Britisch-Canadier haben es sich zur Gewohnheit gemacht, alle canadischen Bürger und alle Einwanderer, die nicht die englische Sprache als ihre Muttersprache anerkennen und anderen Blutes sind, einfach als „Foreigners", als Fremde, als Ausländer zu bezeichnen und zu behandeln. Um den Deutschen außerdem noch ihre Abneigung in besonderer Weise fühlbar zu machen, oder auch aus Unkenntnis der europäischen Nationalitäten-Verhältnisse, stellen sie gerne alle Leute, deren Sprache sie nicht verstehen, einfach als „Germans", als Deutsche hin. Das konnte man in den letzten Wochen wiederum besonders häufig und besonders auffallend beobachten. Sahen die Herren Engländer an den Straßenecken Einwanderer herumstehen, so glaubten sie „Germans" vor sich zu haben. **Zur Ehre unserer deutschen Einwanderer aus Deutschland, Oesterreich usw. sei es gesagt, daß sie,** abgesehen von verschwindenden Ausnahmen — am Umfang des Einwandererstroms gemessen — **nicht zu den Drückebergern zählen, sondern bereitwillig jede Arbeit annehmen.** Die meisten deutschen Immigranten halten sich überhaupt nicht oder nur ganz kurze Zeit in Regina auf und begeben sich direkt auf Farmen in Saskatchewan oder Alberta, um dort ihre Lehrzeit in Canada zu beginnen. **Daher müssen wir uns entschieden dagegen verwahren, daß man die deutschen Einwanderer mit Leuten von slavischer Herkunft aus Ost- und Südosteuropa in einen Topf zusammenwirft.** Um solche Abkömmlinge slavischer Völkerschaften handelte es sich meistens, wenn man Leute auf den Straßen von Regina herumlungern sah, wie ihre Sprache deutlich verriet.

Zum Schlusse noch ein ernstes Wort. Von mehr als einer Seite wurde uns gesagt und bestätigt, daß gewissenlose Agenten in Europa das Blaue vom Himmel herunterlügen, wenn sie Auswanderungslustige zur Fahrt nach Canada bewegen wollen. Da werden den leichtgläubigen Menschen die unsinnigsten Versprechungen gemacht. Wir haben von Fällen gehört, wo den Leuten Tagelöhne von $4 bis $5 und von $8 bis 10 während der Dreschzeit in Aussicht gestellt wurden. Außerdem wissen es die Agenten noch so hinzustellen, als ob man in Canada schon mit offenen Armen auf jeden Einwanderer warte. Diesem Unfug, diesem Betrug, dieser Irreführung armer Leute sollte ein Riegel vorgeschoben werden. Wir wollen hier zufriedene Einwanderer, die sich in unsere hiesigen Verhältnisse schicken, jede, auch die härteste Arbeit bereitwillig annehmen und sich im Anfang mit geringeren Löhnen begnügen, bis sie die Landesverhältnisse und die hiesigen Arbeitsmethoden kennen gelernt haben. Wer drüben eine verlogene Auswanderungspropaganda betreibt, schadet dem Einwanderungslande in ungeahnter Weise und versündigt sich schwer am Wohle der Auswanderer selbst. Mithin sollten die verantwortlichen Stellen alle Hebel in Bewegung setzen, um den Betrügern das Handwerk zu legen.

## Ein Engländer gegen die Kriegsschuldlüge

Im literarischen Beiblatt der Londoner Times, dem „Times Literary Supplement", wird der soeben erschienenen englischen Uebersetzung des Werkes des deutschen Historikers Erich Brandenburg „From Bismarck to the World War" ein langer Aufsatz gewidmet, der Harold Temperley zum Verfasser hat, welcher zusammen mit Prof. S. P. Gooch die auf den Weltkrieg bezüglichen diplomatischen Dokumente in den Archiven des britischen Außenamtes herausgibt.

Der Kritiker beginnt mit einer „Würdigung der ernsten und gründlichen Arbeit, die in Deutschland für die Aufklärung der ganzen Frage der Ursachen des Weltkrieges geleistet wurde." Man höre so wenig in England „von der gründlichen und konzentrierten Arbeit, die einige der hervorragendsten deutschen Historiker mit dem einzigen Ziele leisten, die wirkliche Wahrheit über die Leitung der deutschen Politik in den Dekaden vor dem Weltkriege festzustellen."

Das Werk Brandenburgs, erklärt der Kritiker, besitze eine große Autorität, denn der Professor habe die Archive einer unabhängigen Prüfung unterzogen und er zitiere oder erwähne Dokumente, die bisher noch nicht veröffentlicht wurden.

Temperley stimmt mit dem Urteil durchaus überein, das Brandenburg über die Politik Bismarcks und seiner Epigonen gefällt hat. Er schreibt:

„Nach Bismarcks Entlassung blieb die Leitung der Politik in Berlin, wenn auch oft die Form wechselnd, immer dilettantisch und schwankend, bald prahlerisch, bald aggressiv, bald kleinlich und zweideutig, aber immer ohne die sichere und beständige Leitung eines weisen und erfahrenen Staatsmannes."

Er stimmt Brandenburg auch darin bei, „daß vielleicht nichts der Aufstellung einer gesunden und konsequenten Politik mehr im Wege stand, als die Gewohnheit, die besonders unter Bülow einriß, dem Kaiser vieles zu verheimlichen."

Zum Schlusse erklärt der Kritiker:

„Die deutsche Regierung hat jeden Mißgriff und Fehler gemacht, nur den nicht, dessen sie allgemein beschuldigt worden ist, — nämlich eines bewußten Strebens nach Weltherrschaft und als Mittel dazu, der überlegten Absicht, bei passender Gelegenheit einen Weltkrieg zu entfesseln. So glauben wir, wird auch das Urteil der Zukunft lauten."

Er schreibt, dieses deutsche Buch sollte bei den Engländern den Wunsch erzeugen, „daß auch wir einmal eine so aufrichtige und mutige Kritik unserer eigenen Politik in der Vergangenheit erhalten möchten."

## Englisch-Deutsches Abkommen

### Beherrschung der chemischen Märkte.

Berichte über ein englisch-deutsches chemisches Abkommen stellen eine schwere Schädigung der chemischen Industrie der Vereinigten Staaten in Aussicht. Im Falle der Verwirklichung des Abkommens stehen kräftige Proteste von Frankreich und den Ver. Staaten zu erwarten, weil die Vereinbarung den Handel beschränkt. Für die amerikanische chemische Industrie wäre es nachteilig, wenn die Deutschen den Engländern ihre neuesten synthetischen Verfahren übergeben würden. Es ist bekannt, daß die Deutschen für eine Ausdehnung ihrer chemischen Märkte zu vielen Zugeständnissen gewillt sind.

Etwas britisches Kapital ist bereits im deutschen Farbstofftrust und seinen Zweigen angelegt. Die Royal Dutch Shell soll beispielsweise 25 Prozent der Anteilscheine der Deutschen Gasolingesellschaft eignen, welche Erzeugnisse des Farbstruses auf den Markt bringt. Eine Vereinbarung zwischen den deutschen und britischen chemischen Industrien wäre das bedeutungsvollste wirtschaftliche Geschehnis des Jahres. Die Vereinigung würde 37 Prozent des chemischen Ausfuhrhandels der Welt beherrschen und zweidrittel der Farbstoffproduktion der Welt. Der kürzliche Besuch von Sir Alfred Mond und Harry McGovans, Leiter des britischen chemischen Trusts, in Berlin brachte die bevorstehende englisch-deutsche Verständigung näher. Von deutscher Seite wird ein befriedigender Verlauf der Verhandlungen bestätigt. Wie man glaubt, wird das Abkommen nicht auf Farbstoffe beschränkt, sondern auch eine Vereinbarung über künstliche Seide, Gewinnung von Oel aus Kohle und anderes enthalten.

# Weltumschau

### Deutschland.

In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei im Bad Oeynhausen beitritt Gustav Stresemann, der Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten, daß irgendwelche Schwierigkeiten über die Auslandspolitik im Reichskabinett bestünden. Er erklärte, daß das Kabinett gegen eine Rachepolitik sei. „Mein Name," sagte er, „ist in den letzten Jahren so enge mit unserer Auslandpolitik verbunden gewesen, daß ich natürlicherweise nicht im Amte verbleiben könnte, wenn eine Aenderung in den Grundprinzipien dieser Politik vorgenommen würde. Deutschlands Beziehungen mit seinen östlichen Nachbarn, besonders Polen, sind durch das Locarno-Uebereinkommen, wie auch durch den Schiedsgerichtsvertrag mit Polen geregelt, und der letztere garantiert friedliche Beilegung aller Schwierigkeiten. Als das neue Kabinett ins Amt kam, fand es diese Sachlage vor und bestätigte sie aufs neue durch Gutheißung der bestehenden Verträge." Er bemerkte ferner, daß die in ganz Deutschland stattfindenden Kundgebungen zur Aufrechterhaltung der Traditionen der alten Armee die deutsche Auslandpolitik nicht beeinflussen.

Auf die in Berlin stattgefundene Kundgebung des Stahlhelmverbandes (Vereinigung von Frontkämpfern) hinweisend, erklärte Stresemann, daß dies „ein psychologischer Widerschein der einseitigen Entwaffnung Deutschlands sei, die wahrscheinlich ihre Bedeutung in dem Augenblick verlieren werde, in dem andere Länder dem Beispiele der deutschen Abrüstung folgten. Die Kundgebungen in einem anderen Lichte betrachtend, wie, daß vielleicht neben der Reichswehr noch eine andere geheime schlafende Armee bestehe, bereit, auf kurze Weisung hin gegen einen Nachbar ins Feld zu ziehen, ist eine Romanze, würdig eines Jules Verne."

Der Stahlhelmtag nahm einen ruhigen Verlauf. 50,000 Weltkriegsveteranen hielten in einem durch die Polizei abgeschlossenen Teile der Reichshauptstadt eine Parade ab. Ungefähr eine gleich große Anzahl Zuschauer bildeten in den Straßen, durch die sich der Zug bewegte, Spalier. Prinz Eitel Friedrich, der zweite Sohn des früheren Kaisers, marschierte mit seinen alten Kameraden.

Ein zweiter Bericht über den Stahlhelmtag besagt: Die Demonstration trug einen ausgesprochen militärischen Charakter. Fünfzigtausend Mann marschierten im Zuge, unter der Tribüne, von der aus die Parade abgenommen wurde, befanden sich zwei Hohenzollernprinzen, andere Mitglieder früher regierender Häuser und eine große Anzahl früherer Offiziere der Armee und Flotte in voller Uniform. Die Tribüne war im Lustgarten aufgeschlagen, und die Polizei hatte in der Gegend besonders umfangreiche Abwehrmaßregeln gegen eine etwaige Störung durch die Linksradikalen getroffen. Für den Zutritt waren besondere Karten ausgegeben worden. Der Vorbeimarsch geschah im Paradeschritt. Auf den Blusen prangten die Eisernen Kreuze, straff war die Haltung der Kriegsveteranen und groß auch die Anzahl junger Leute, deren ganze Erscheinung dafür sprach, daß das deutsche Volk die Zeit der großen Not wenigstens überwunden hat. Die Marschroute war auf beiden Seiten von einer zehntausenden von Köpfen starken Menschenmenge flankiert, aus der den Vorbeimarschierenden wohl freundliche Grüße entgegenschollen, ohne daß indessen ein wirklicher Enthusiasmus zur Betätigung kam. Die Grüße galten dem mehr an sich prächtigen militärischen Schauspiel, wie es heute noch einen Eindruck auf die Berliner ausübt, als daß durch sie eine Uebereinstimmung mit der der Kundgebung zugrunde liegenden Idee zum Ausdruck gelangt wäre. Es war ein herrlicher Maitag, und die warme Sonne hatte einen starken Prozentsatz der Bevölkerung ins Freie gelockt. Die amtliche republikanische Welt ließ sich, weder seitens des Reichspräsidenten v. Hindenburg, noch aus der Mitte der Marrregierung, blicken. Auf der anderen Seite wurde indessen auch bemerkt, daß es die zahlreichen, unter den Zuschauern befindlichen Offiziere der Reichswehr versäumten, die in der Parade mitgeführten „Stahlhelm"-Embleme, Fahnen und Abzeichen militärisch zu grüßen. Die Umsicht, mit der der preußische Innenminister Grzesinski (Sozialdemokrat) und der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel ihre Maßnahmen getroffen hatten, um die Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten, findet allgemeine Anerkennung. Die Polizei befand sich in „Alarmbereitschaft", hatte aber, von ganz geringen Zwischenfällen abgesehen, keine Veranlassung zum Einschreiten.

Gelegentlich der „Stahlhelm"-Kundgebung im Lustgarten ist ein Manifest zur Verlesung gekommen, in dem gegen die Diktatur von Versailles Stellung genommen, sowie die Wiedereinführung der allgemeinen militärischen Dienstpflicht und Kompensation der Kriegsschäden auf der Basis der Verantwortung aller beteiligten Nationen gefordert wird. Diese Ansprüche dürften, so hieß es in dem Manifest, auch nicht einmal für eine beschleunigte Räumung des besetzten Gebiets hingeopfert werden. Die weiteren Forderungen schließen Wiederherstellung der alten Reichsfarben Schwarz-weiß-rot, Erweiterung der Vollmachten des Reichspräsidenten, die Sicherstellung der Wohlfahrt des Landes gegen parlamentarische Kompromisse und die Schaffung eines Stimmrechts in Uebereinstimmung mit den wahren Wünschen des Volkes und mit der Stellung einer dem Volk verantwortlichen Regierung ein.

### Memelland.

In einer Unterredung mit den Kownoer Vertretern der Memelländischen Presse erklärte der stellvertretende Gouverneur des Memelgebietes, Dr. Schaulis, eine baldige Ausschreibung der memelländischen Wahlen liege im Bereich der Möglichkeit, allerdings bestehe nach wie vor die Voraussetzung, daß die Frage der Listenberichtigung restlos geklärt werde. Der stellvertretende Gouverneur machte dann die aufsehenerregende Mitteilung, daß die Regierung die Einrichtung einer Kontrollkommission plane, in der sowohl der Gouverneur als auch das Landesdirektorium vertreten sein sollen, und die eine ständige Kontrolle darüber führen soll, daß die Bestimmungen des Memelländischen Konvention, insbesondere des autonomen Status innerhalb der autonomen Kompetenzen erfüllt werden.

### Danzig.

Eine Versammlung von Eisenbahnangestellten der Freistadt Danzig hat die Absetzung des Völkerbundkommissärs Van Hamel verlangt, weil er Klagen gegen die polnische Bahndirektion im Danziger Gericht an die polnische Gerichtsbarkeit verwiesen hat. An den Danziger Senat wurde die Aufforderung gerichtet, die Sache dem Völkerbundrat vorzutragen und sich weder auf einen Kompromiß noch auf ein neutrales Schiedsgericht einzulassen. Bei den Beschlußfassungen wurde Van Hamel, ein geborener Holländer, als ein erbitterter Feind der Deutschen hingestellt

### Ungarn.

Junggesellen werden nach einer vom Ministerium für öffentliche Wohlfahrt eingebrachten Vorlage besteuert werden, um Fonds aufzubringen, die den Eltern vieler Kinder in ihrem Alter zugute kommen sollen. In der Maßnahme liegt nach Erklärung des Ministers nicht die Absicht, Junggesellen zur Heirat zu zwingen. Eine kleinere Steuer wird von Familien erhoben werden, in denen sich nur ein Kind befindet; das Einkommen wird für den gleichen Zweck verwendet werden.

Weil die Gattin eines Staatsbeamten und eine Schauspielerin sich wegen eines Irrtums bei der Verrechnung einer Bridgepartie verprügelten und einander die Haare ausrauften, hat sich der ungarische Minister des Innern zu einem Erlaß veranlaßt gesehen, welcher den Frauen untersagt, Spielklubs zu betreten. Frauen, erklärt der Minister in dem Erlaß, seien beim Glücksspiel viel aufgeregter als die Männer und außerstande, ihre Krakehlsucht im Zaume zu halten. Er habe vor, mit der Zeit alle die vielen Hunderte von Klubs in Budapest zu unterdrücken, deren Hauptzweck das Glücksspiel sei. Unterhaltungsspiel um vergnügten Einsatz gedenke er gewähren zu lassen, aber ruinöses Spiel müsse verhütet werden.

### Schweden.

Der Riksdag nahm das Hauptprogramm der schwedischen Regierung für die Flotte an. Alle bürgerlichen Parteien unterstützten die Vorlage, die Sozialisten waren gespalten. Nur die Kommunisten widersetzten sich geschlossen. Das Programm, als rein defensiv bezeichnet, bestimmt zwischen 1927 und 1933 den Bau von zwei Zerstörern, drei Tauchbooten und vier Minenlegern. Zugleich beginnen Vorkehrungen für den Bau eines Schlachtschiffes für Küstenschutz und kleinere Fahrzeuge. Die Kosten betragen etwa 26 Millionen Dollar.

### Rußland.

Der stellvertretende Minister des Auswärtigen Litwinow veröffentlichte eine Erklärung, in der er die Echtheit der angeblich Rußland belastenden Schriftstücke in Abrede stellt, die die Pekinger Regierung kürzlich beschlagnahmt hat. Er fügt hinzu, er sei aus Presseberichten zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein wohldurchdachter Plan bestehe, Rußland in Schwierigkeiten mit anderen Mächten, in erster Linie mit Japan, zu bringen, und daß zu diesem Zwecke „Beweismaterial" in Massen gefälscht werde.

Persönliche Gegenstände der einstigen Zaren und ihrer Familien werden im Laufe des Sommers versteigert. Die Gegenstände wurden in den Schlössern in und um Leningrad, damals Petrograd, beschlagnahmt und sind für Museen nicht kostbar genug. Sie bieten jedoch großes Interesse und viele sind auch wertvoll. Der höchste Preis wird für einen großen Pelzmantel erwartet, der Alexander dem Dritten gehörte, dem Vater des letzten Zaren Nikolaus des Zweiten. Die zur Auktion kommenden Gegenstände fand man hauptsächlich im Winterpalast in Tarskoje-Selo, sowie in Peterhof, alles Lieblingsschlösser. Betten, in welchen Könige und Prinzessinnen schliefen, Lampen, schöne Tische und Stühle, prächtige Teppiche und einige Gemälde sind in den Verkauf eingeschlossen.

### Frankreich.

Das Parlament hat kürzlich eine Gesetzesvorlage angenommen, wonach die großen Heerführer Frankreichs im Weltkriege künftig um das Grab Napoleons im Invalidendom beizusetzen sind. Demzufolge wurden bereits Maßnahmen getroffen, damit die Ueberführung der irdischen Ueberreste der seit dem Kriege verstorbenen Heerführer Frankreichs unter großen Feierlichkeiten stattfinden könne.

### Großbritannien.

Die britische Regierung ist gern bereit, zusammen mit den Vereinigten Staaten und anderen Mächten in Unterhandlungen mit China für Abschluß eines Vertrags zur Abschaffung der Exterritorialitätsrechte einzutreten, erklärte im Unterhause der Parlamentsvertreter des britischen Auswärtigen Amts, Godfrey Locker-Lampson, als ein Unterhausmitglied anfragte, ob der Außenminister von der Meldung Kenntnis genommen habe, daß die Vereinigten Staaten willens seien, in solche Verhandlungen einzutreten, sobald China in der Lage und bereit sei, amerikanische Bürger und ihr Eigentum zu beschützen.

### Italien.

Fachleute der Flotte entwerfen eine besondere Fahne für Mussolini in seiner Eigenschaft als Premierminister von Italien. Die Fahne wird von den Masten aller Schiffe wehen, welche der Duce mit einem Besuch beehrt. Auch für die andern Minister und die Untersaatssekretäre sind besondere Fahnen in Vorbereitung. Der Duce hat jetzt bei Besteigung eines italienischen Kriegsschiffes zwei Fahnen, die ihm zu Ehren gehißt sind. Eine in seiner Eigenschaft als Premier und die andere als Minister der Marine.

### China.

Nach unbestätigten Berichten vereinbarten die nationalistischen Gruppen von Hankau und Nanking eine Waffenpause und planen einen gemeinsamen Vorstoß gegen die Armeen des nördlichen China. Die nationalistische Regierung, die als radikal bezeichnet wird, hat ihren Sitz in Hankau, die gemäßigte in Nanking. Truppen von Nanking wurden nach einem Bericht über den Yangtse-Fluß oberhalb von Pukau, das Nanking gegenüber liegt, gesandt, um einen Flankenangriff zu machen.

Der Kampf um gleiche Vertretung für Chinesen in der Stadtverwaltung in Schanghai ist erneuert. Die Direktoren des Vereins chinesischer Steuerzahler faßten einen Beschluß gegen Erhöhung der Steuern durch die Stadtverwaltung, ohne die Chinesen zu befragen. Der Protest wird dem Stadtrat vorgelegt.

Die Pekinger Regierung gab bekannt, daß Frau Borodin und die anderen Russen, die mit ihr einer Verschwörung gegen die Regierung beschuldigt werden, vor ein bürgerliches Gericht gestellt werden sollen. Wann der Prozeß beginnen soll, wird noch nicht mitgeteilt. Die russische Botschaft hat für die Angeklagten den amerikanischen Anwalt und Verleger Charles Fer yn Tientsin gewonnen.

Dem russischen Konsulat ist Nachricht zugegangen, daß die Russen, die kürzlich bei einer Razzia der Pekinger Paßbehörden auf Gebäude des russischen Botschaftskomplexes verhaftet worden sind, in der Untersuchungshaft einen Hungerstreik begonnen hätten.

## Rumänien in Wirtschaftsnöten

### Deutsche Besatzungsarmee wird als Vorbild empfohlen.

Aus Anlaß der geplanten Reform des rumänischen Steuersystems schreibt die Bukarester Finanzzeitschrift „Argus" an leitender Stelle:

„Die in Aussicht gestellten Reformen bezwecken nichts anderes, als der ohnehin schwer bedrückten Bevölkerung neue Steuerlasten aufzubürden, ohne daß gleichzeitig eine entsprechende Vergrößerung der Produktion und damit der Steuerkraft der großen Masse der Einwohner Rumäniens gewährleistet würde. Für die großen Reformen, die der rumänische Finanzminister plant und die einen außerordentlichen Kostenaufwand erfordern, ist die gegenwärtige Zeit der Wirtschaftsdepression schlecht gewählt. Erst muß man trachten, die Produktion zu heben.

„Man möge sich das Vorgehen der deutschen Armeeleitung während der Besetzung Rumäniens als Beispiel nehmen. In den ersten Monaten ihrer Anwesenheit stürzte sie sich mit einer ganzen Reihe von Steuern und Requisitionen auf die rumänische Bevölkerung. Aber die Deutschen bemerkten als praktische Männer bald, daß ihren Forderungen eine Grenze gesetzt ist, die nicht überschritten werden dürfe. Da nahmen sie die Organisation der Produktion und des Verkehrswesens in Angriff.

„Sie verwerteten alles, auch solche Dinge, die wir wegwarfen: Maiskolben, Knochen, ja sogar Tierkadaver wurden verarbeitet. Sie brachten den Ackerbau, die Fischerei und die Industrie im besetzten Gebiet auf eine Höhe, wie sie Rumänien bis dahin nicht gekannt hatte. Alles wurde einem bisher unbekannten Rhythmus der Produktion unterstellt. Der großen Tributforderung entsprach damals eine fieberhafte Produktion.

„Heute, wo unser Land nicht mehr von einer erobernden Armee, sondern von einer nationalen Regierung beherrscht wird, werden von uns größere Tributforderungen verlangt, als unter der Herrschaft der Feinde. Für den Aufschwung der Produktion sorgt aber niemand. **Wir haben keine Transportmittel, weder zu Wasser noch zu Land;** wir verfügen über keine Kredite, weder für die alten noch für die neuen Industrien. Der Zinsfuß für die Industrieunternehmungen ist auf 40 bis 50 Prozent gestiegen. Der Geldwert des Lei richtet sich anscheinend nach den Mondphasen, er ist einmal groß, einmal ganz klein. Reformen in einem solchen Zustande der rumänischen Wirtschaft einzuführen, Reformen mit neuen Taxen und Steuerlasten, bedeutet nichts anderes, als eine weitere Erschöpfung des Wenigen, das noch geblieben ist."

## Ehrung Beethovens in Mexiko

Anläßlich der mexikanischen Unabhängigkeits-Jahrhundertfeier 1921 schenkte die deutsche Kolonie in Mexiko dem mexikanischen Volke ein Beethoven-Denkmal. Im März 1927 war es nun so weit, daß die Aufstellung dieses prachtvollen Denkmals erfolgen konnte. Man wählte mit Vorbedacht diesen Zeitpunkt, um dadurch das Andenken des großen deutschen Komponisten, der auch überall in Mexiko die größte Verehrung genießt, zu ehren. So fand am 27. März die feierliche Enthüllung des Beethoven-Denkmals statt. Die Stadtverwaltung hat dem Denkmal, das von einem deutschen Künstler, Herrn v. Gosen geschaffen wurde, vor dem im Bau befindlichen Nationaltheater, den denkbar schönsten Ehrenplatz eingeräumt, so daß kein Fremder, der in die Hauptstadt kommt, an dem Denkmal vorbeigehen kann.

Die Spitzen der mexikanischen Behörden, der Deutschen Gesandtschaft sowie der Gesellschaft waren zur Eröffnungsfeier erschienen. Im Namen der deutschen Kolonie übergab Herr Laßman das Denkmal der mexikanischen Regierung in treue Obhut. Nachdem Minister Roß namens der mexikanischen Regierung den Dank für die Gabe ausgesprochen hatte, gedachte Dr. Antonio Caso der Lebensgeschichte Beethovens. Hieran schloß sich nach weiteren Ansprachen die Wiedergabe des Schlußchors aus der 9. Symphonie.

Auch andere deutsche Stellen in Mexiko ließen es sich nicht nehmen, den Gedenktag Beethovens festlich zu begehen. Die Deutsche Schule in Mexiko ebenso wie die Deutsche Schule in Guadalajara veranstalteten Gedenkfeiern für ihre Schüler. Auch die deutsche Musikvereinigung in Mexiko bot ein Konzert dar, das der Beethovenschen Kunst gewidmet war, und das in deutschen mexikanischen Kreisen viel Anklang gefunden hat.

## Die deutsche Sprache in Südslawien

Der Streit um die Verwendung der deutschen und magyarischen Sprache in der Gebietsversammlung der Batschka im Sombor scheint nun abgeflaut zu sein. In der Sitzung vom 19. April hielt der deutsche Gebietsvertreter Karl Mahler (Bulkeß) eine Rede in deutscher Sprache, ohne von irgend einer Seite gestört zu werden; er wies auf den Wert der deutschen Arbeit und die aufbauende Bedeutung der Deutschen in allen Staaten, deren Bürger sie sind, hin; die Deutschen Südslawiens seien ebenfalls treue Staatsbürger, tun überall ihre Pflicht und wünschen auch weiter in diesem Sinne zu handeln. Er erklärte im Namen des deutschen Klubs, das Budget anzunehmen.

In der Gebietsversammlung Donau in Semendria, zu deren Bereich das südliche Banat gehört, spielen die beiden deutschen Vertreter neben den 18 Radikalen und den 18 Oppositionellen eine bedeutende Rolle. Dr. Franz Kuhn, der Vertreter der Stadt Weißkirchen, wurde in den Finanzausschuß und Dr. J. Kehrer, der Vertreter der Stadt Werschetz, in den Verordnungsausschuß gewählt. Beide führen den Vorsitz in diesen Ausschüssen. Der Gebrauch der deutschen Sprache wurde in den Unterausschüssen, wie im Plenum ohne weiteres zugelassen. Der Vorsitzende der Gebietsversammlung, ein serbischer Radikaler, erklärte gegenüber anderslautenden Gerüchten, daß die Versammlung viel wichtigere Aufgaben zu lösen habe, als sich mit einer solch bedeutungslosen Sache wie der Zulassung der Minderheitssprache eingehend zu beschäftigen. Es komme nicht darauf an, in welcher Sprache sich die einzelnen Vertreter bei Behandlung der verschiedenen Angelegenheiten ausdrücken, sondern darauf, daß eine friedliche Zusammenarbeit mit den Minderheiten zustande komme und Segensreiches und Nützliches geschaffen werde. Nicht die Verhandlungssprachen, sondern die Leistungen der Gebietsversammlungen seien das Wichtigste.

## Der Dritte europäische Nationalitätenkongreß

Der nächste europäische Nationalitätenkongreß soll Ende dieses Sommers in Genf stattfinden. Seine Vorbereitung liegt in der Hand eines besonderen Ausschusses, der aus den folgenden Mitgliedern besteht: Dr. Josef Wilfan-Triest, slowenischer Abgeordneter im italienischen Parlament, Dr. Maspons i Anglassell-Barcelona, ehm. Abgeordneter in der katalonischen Mancomunitat, Leo Motzkin-Paris, geschäftsf. Vorsitzender des Komitees der jüdischen Delegation, Dr. Paul Schiemann-Riga, deutscher Abgeordneter im lettländischen Parlament, Graf Stanislaw Sierakowski-Großwaplitz (Westpreußen), ehem. polnischer Abgeordneter im preußischen Landtag, und Geza von Szüllö-Prag, ungarischer Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament.

Seit dem 1. April befindet sich das Sekretariat dieses Ausschusses in Wien, da von Wien, als geographisch besonders günstig gelegenem Ort, eine Enquete über die verschiedenen, das Nationalitätenproblem betreffenden Fragen durchgeführt werden soll. Die Vorarbeiten zur Organisation des Kongresses sind bereits in vollem Gange. Bei den Nationalitäten, wie auch bei den verschiedenen internationalen Organisationen macht sich schon jetzt ein lebhaftes Interesse für die kommende Tagung und ihre Aufgaben bemerkbar. Die Leitung des Sekretariats liegt in den Händen Dr. Ewald Ammendes, des Generalsekretärs der beiden bisherigen Nationalitätentagungen.

Achtung Farmer!
Wenn Sie für dieses Frühjahr Farmarbeiter gebrauchen, wenden Sie sich vertrauensvoll an mich. Ich werde Ihnen dieselben kostenlos besorgen. Teilen Sie mir sofort mit, wieviel Leute Sie gebrauchen und wann Sie dieselben haben wollen und ich werde dafür sorgen, daß Ihre Arbeiter zur rechten Zeit an Ort und Stelle sind. Schreiben oder telephonieren Sie sofort an
H. SCHUMACHER
Schiffskartenagentur und öffentlicher Notar.
1607—11te Ave. Regina, Sask.
Telephon 5790, Haus 6068.